

Westricher Rundschau

AUS DEM LANDKREIS

Nach Wildunfall unbedingt Polizei verständigen

JETTENBACH. Ein unbekannter Autofahrer hat in der Nacht zum Dienstag auf der Landstraße zwischen Bosenbach und Jettenbach zwei Rehe angefahren und qualvoll sterben lassen. Eine Verkehrsteilnehmerin meldete der Polizei, dass ein verletztes Reh am Straßenrand liege und wild zappelte. Ein zweites Tier sei schon verendet. Als die Beamten an der Unfallstelle eintrafen, waren beide Rehe tot. Sie hatten einen unnötigen Todeskampf hinter sich gebracht. Von dem Unfallverursacher keine Spur. Er hatte die Tiere sich selbst überlassen. Die Polizei nimmt dies zum Anlass, darauf hinzuweisen, dass Unfallbeteiligte nach der Straßenverkehrsordnung verpflichtet sind, an der Unfallstelle anzuhalten, sie abzusichern und mindestens die Polizei zu verständigen. Nach dem Tierschutzgesetz darf niemand einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen. Autofahrer sollten daher nach einem Wildunfall immer die Polizei verständigen. Diese kann alle erforderlichen Maßnahmen veranlassen und den zuständigen Jagdpächter verständigen. Auf keinen Fall sollten Verkehrsteilnehmer versuchen, dem angefahrenen Tier zu helfen oder es zu erlegen. Das Tier könnte sie verletzen und sie könnten sich wegen Jagdwilderei strafbar machen. (red)

Computer aus Kuhstall gestohlen

ROTHSELBERG. Einen Computer haben Unbekannte am Montagabend aus einem Kuhstall gestohlen. Wie die Polizei erläutert, steuerte der Computer eine Melkmaschine. Der Landwirt wurde zwar noch automatisch über den Ausfall der Anlage informiert, konnte die Täter aber nicht mehr stellen. Die Polizei, Telefon 06382 9110, ermittelt nun wegen Einbruchdiebstahls und sucht Zeugen, die Hinweise zur Tat geben können. (red)

ACHTUNG, RADAR

Die Polizei kontrolliert heute auf der L 355 bei Waldmohr.

AUS DER REGION

Tradition erhalten



Ein neuer Verein will dafür sorgen, dass die Brennerei-Kultur der Sickingener Höhe nicht in Vergessenheit gerät. Der Lamsbörner Landwirt Karl Gortner sucht Historisches. SEITE 5

IN DIESER AUSGABE

Weihnachtsbäume entsorgen

Am kommenden Samstag werden in vielen Gemeinden die Weihnachtsbäume eingesammelt. Eine Auflistung auf SEITE 2

Nicht nur Essen mit Stäbchen üben

Vier Pfadfinder aus dem Landkreis bereiten sich eifrig auf das weltgrößte Pfadfindertreffen im Sommer in Japan vor. SEITE 3

Überraschungen in zweiter Dimension

Papierarbeiten des bekannten Londoner Künstlers John Carter zeigt die Galerie Wack in Kaiserslautern. SEITE 4

SO ERREICHEN SIE UNS

WESTRICHER RUNDSCHAU Verlag und Geschäftsstelle

Pariser Str. 16
67655 Kaiserslautern
Telefon: 0631 3737-0
Fax: 0631 72460
E-Mail: rhpka@rheinpfalz.de

Abonnement-Service

Telefon: 0631 3701-6300
Fax: 0631 3701-6301
E-Mail: aboservice@rheinpfalz.de

Privatanzeigen

Telefon: 0631 3701-6400
Fax: 0631 3701-6401
E-Mail: privatanzeigen@rheinpfalz.de

Geschäftsanzeigen

Telefon: 0631 3701-6800
Fax: 0631 3701-6801
E-Mail: geschäftsanzeigen@rheinpfalz.de

Lokalredaktion

Bahnhofstr. 28
66869 Kusel
Telefon: 06381 9212-20
Fax: 06381 8718
E-Mail: redkus@rheinpfalz.de

Einstellen auf viele große Autos

KUSEL/BAUMHOLDER: Nehmen wir mal an, die US-Amerikaner kommen tatsächlich in die Kuseler Kaserne. Worauf muss sich Kusel dann vorbereiten? Welche Serviceleistungen sollten angeboten werden? Welche Infrastruktur ist nötig? Baumholder ist seit mehr als 60 Jahren US-Garnisonsstadt. Dort haben wir nachgefragt.

Seit 1951 ist Baumholder – mit rund 4100 Einwohnern nur geringfügig kleiner als Kusel mit seinen knapp 5000 – US-Garnison. Damals hatten die Amerikaner den Standort von den Franzosen übernommen, um ihn anschließend Stück für Stück zu einem ihrer größten in Europa auszubauen. Zeitweise waren mehr als 10.000 US-Soldaten hier stationiert; dazu nochmals fast dieselbe Anzahl an Zivilangehörigen. Heute sind es noch knapp 2000 US-Soldaten.

Für das Städtchen sei es schon ein Einschnitt gewesen, als die Amerikaner gekommen seien und der Standort immer größer geworden sei, erzählt Peter Lang, Verbandsbürgermeister und über lange Jahre hinweg auch Stadtbürgermeister. Zeitweilig war Baumholder sogar regelrecht berüchtigt – als das intensive Nachtleben mit Bars und Prostitution seine Schattenseiten zeitigte. Inzwischen ist vieles ruhiger geworden, seit die kämpfenden (und dann nach Ablenkung suchenden) Verbände verschwunden sind und sich die Anzahl der hier stationierten US-Amerikaner doch deutlich reduziert hat. Doch noch heute ist der US-Einfluss erkennbar: Viele Geschäfte haben englische Werbung an Fassaden oder Schaufenstern, einige sind sogar ganz und gar auf US-Kundschaft eingestellt. Mit Dollar statt Euro zu bezahlen – vielfach kein Problem in Baumholder. Von den Bars samt Rotlichtviertel ist hingegen wenig geblieben.

Doch was kann, was sollte Kusel tun, falls die Amerikaner tatsächlich in die Unteroffizier-Krüger-Kaserne einziehen (Lang: „Irgendwie glaube ich das noch nicht.“)? Das trifft zunächst einmal die Verwaltungen. „Jede muss sich selbst prüfen, ob sie darauf eingestellt ist, mit den amerikanischen Neubürgern umzugehen, ihre wichtigsten Bedürfnisse zu kennen“, rät Lang. „Vor allem braucht man Leute, die englisch sprechen; und Dolmetscher.“ Speziell im jeweiligen Bürgerbüro. Denn die Regel sei: Amerikaner können kein Deutsch. Internetseiten oder



Garnisonsstadt Baumholder: In der Kennedyallee lockt ein Autohändler US-Käufer.

FOTO: SAYER

Flyer mit wichtigen Informationen zu Stadt und Region seien hilfreich.

Doch was sind die wesentlichen Bedürfnisse von US-Soldaten? Lang sagt, man müsse hier unterscheiden – ob längerfristig stationierte Soldaten kommen oder solche, die nur kurzzeitig hier sind. Wer länger hier bleibe, der komme meist mit Familie, und der lebe dann auch oft außerhalb der Kaserne. Wer hingegen alleine komme, weil er bald wieder versetzt werde oder in einen Einsatz gehe, wohne oft in der Kaserne.

Die Wünsche von US-Familien sind oft weitreichender. Sie suchen Wohnungen auf dem freien Markt – zumeist über die US-Housing, nicht im Immobilienmarkt der Zeitung –, sie suchen Freizeitmöglichkeiten, Restaurants und Einkaufsmöglichkeiten. „Amerikaner sind sehr mobil. Sie fahren dorthin, wo sie gut einkaufen können.“ In erster Linie dorthin, wo es die gewohnte US-Ware gibt wie in den Militär-Shops in

Landstuhl oder Ramstein. Doch wenn vor Ort das Angebot stimmt, decken sie sich auch hier ein.

Zudem müsse sich eine Standortgemeinde darauf einstellen, dass im Schnitt viel größere Autos unterwegs seien als bei deutschen Autobesitzern. Und: „US-Amerikaner fahren vor allem im Winter ganz anders als Deutsche“, sagt Lang mit einem leichten Grinsen. Näher ausführen will er das nicht.

Wichtig für Familien ist natürlich auch die Schulfraße. Kämen US-Soldaten nach Kusel, so wären die amerikanischen Schulen in Baumholder für sie die erste Anlaufadresse. Bis hinauf zur High School (die weiterführende Schule) ist dort alles vorhanden. Es gebe aber auch viele US-Bürger, die ihre Kinder gerne in deutsche Schulen schicken, sagt Lang. Für die Zweisprachigkeit. Denn bilingualer Unterricht an einer US-Schule ist heute nicht mehr möglich. Seit dem 11. September

seien die Sicherheitsvorschriften stark verschärft worden – und damit der Zutritt deutscher Lehrer auf US-Gelände kaum mehr möglich.

Diffiziler wird es bei den Kindergärten. Denn weil deutsche Kindergärten als qualitativ besser gälten und zudem billiger seien, würden viele ihren Nachwuchs gerne in eine deutsche Einrichtung schicken. Doch das geht grundsätzlich nicht, nur in Ausnahmefällen – beispielsweise dann, wenn einer der Elternteile deutsch sei. Lang erklärt auch, warum: „Wir hätten überhaupt keine Planungsmöglichkeit mehr für unsere Kindergärten. Deshalb haben wir das sehr restriktiv.“

Kommen in erster Linie Soldaten ohne Familie, haben sich viele dieser Themen automatisch erledigt. Sie wohnen meist in der Kaserne, suchen abends eher Zerstreuung in einer Bar. Zu Hochzeiten, erzählt Lang, sei da allerhand los gewesen in Baumholder. „Das war fast wie eine

Parallelwelt.“ Die US-Militärpolizei sei regelmäßig unterwegs gewesen in den entsprechenden Etablissements; häufig auch mit deutschen Beamten. Denn nicht immer blieb's friedlich. Seit dem Anschlag vom 11. September, noch mehr aber nach dem Abzug der kämpfenden Brigade 2013 sei es hier ruhig geworden.

Und wie schaut's aus mit dem Thema Integration? Bei allein stehenden Soldaten finde diese nicht statt, sagt Lang. Aber US-Familien, die in Privatwohnungen lebten, seien schon bereit, sich am Ortsgeschehen zu beteiligen. Oft spielten ihre Kinder beispielsweise in den lokalen Fußballvereinen mit.

In einer kleinen Stadt sei das Zusammenleben zwischen Deutschen und Amerikanern ohnedies viel intensiver als beispielsweise in Kaiserslautern oder Wiesbaden. „In Baumholder sind die Amerikaner schon sehr lange Teil des Stadtbildes – und des Stadtlebens.“ (wop)

„Schlechte Pflege ist bares Geld“

INTERVIEW: Daniel Keil aus St. Julian kritisiert harsch die Zustände in Seniorenheimen

ST. JULIAN. Daniel Keil aus St. Julian arbeitet seit zehn Jahren in der Altenpflege. Für die ZDF-Reihe „Zoom“ – die Sendung mit dem Titel „Auf Kosten der Alten – was in Pflegeheimen schlief“ soll am Mittwoch, 21. Januar, um 22.45 Uhr ausgestrahlt werden – ist Keil zu seinen Erfahrungen in der Pflege befragt worden. Er kommt dabei zu einem niederschmetternden Ergebnis, was die Pflege in Senioreneinrichtungen angeht. Über seine Erkenntnisse hat Daniel Keil mit unserem Mitarbeiter Eric Sayer gesprochen.

Die ZDF-Reihe „Zoom“ beschäftigt sich im Januar in einer Sendung mit dem Thema Altenpflege. Sie wurden im Oktober von „Zoom“ interviewt. Wie kam es zu dem Kontakt?

Der Kontakt zum ZDF entstand durch Claus Füsseck, mit dem ich seit 2010 zusammenarbeite. Füsseck kämpft seit über 30 Jahren gegen die Missstände in deutschen Einrichtungen. Es müsste mehr solcher Menschen geben, die sich so engagieren wie Claus Füsseck. Ich appelliere an alle, die im Pflegeberuf tätig sind: Schaut nicht weg und haltet nicht aus, sondern handelt. Denn jeder, der wegschaut, macht sich mit-schuldig!

In welchen Einrichtungen haben Sie gearbeitet?

Ich habe in meiner zehnjährigen Berufstätigkeit in der Altenpflege in vier verschiedenen Alten- und Pflegeheimen in Rheinland Pfalz gearbeitet. Diese Pflegeheime waren von kirchlichen und privaten Trägern. Die Namen der Einrichtungen darf ich aus rechtlichen Gründen nicht nennen.

Wie waren die Erfahrungen?

Ich habe grausame und menschen-

unwürdige Zustände erlebt. Um einige Beispiele zu nennen: Gewalt in der Pflege, Fixierungen, Sedierung durch Medikamente, falsche Medikamentengabe, Verabreichen falschen Insulins, respektloses Verhalten gegenüber hilfebedürftigen alten Menschen, Zeit- und Personalmangel sind Standard. Ich könnte ihnen noch Hunderte Beispiele nennen und dazu die Geschichten, jedoch wäre das hier zu viel.

Was ist der Grund für die Missstände?

Die Fakten sind bekannt! Gerne würden engagierte Pflegekräfte die persönlichen Wünsche, die Biografie und Vorlieben ihrer zu pflegenden Menschen respektieren; ihnen eine wertschätzende, menschenwürdige Pflege und Versorgung sicherstellen. Dies gelingt ihnen jedoch nur, wenn die Träger und die Führungskräfte der einzelnen Alten- und Pflegeheime mitarbeiten und dies auch umsetzen. Das ist leider nur auf dem Papier der Fall, denn Dokumentenfälschung ist in manchen Einrichtungen Alltag. Es muss in deutschen Pflegeeinrichtungen schlecht gepflegt werden, denn nur schlechte Pflege ist für Träger ein Gewinn. Das heißt: Schlechte Pflege ist gleich die Verschlechterung des Zustandes des zu Pflegenden, dies wiederum ist der Anlass für eine höhere Pflegestufe, und die höhere Pflegestufe bringt den Trägern natürlich mehr Geld. Nur eine schlechte Pflege ist für Heimbetreiber bares Geld. Denn welches Pflegeheim kann sich nur mit Bewohnern der Pflegestufe 0 oder 1 über Wasser halten? So lange unser System so funktioniert, werden Missstände nie behoben werden.

Was kann dagegen getan werden?

Man müsste genau genommen bei



Daniel Keil aus St. Julian arbeitet seit zehn Jahren in der Altenpflege. Einigen Heimen stellt er kein gutes Zeugnis aus. FOTO: SAYER

unserer Politik beginnen. Und somit bei unserer Gesetzgebung und unserem Pflegesystem. Dieses müsste von Grund auf verbessert beziehungsweise geändert werden. Man kann doch nicht eine menschenwürdige Pflege vom Geld abhängig machen. Es kann nicht sein, dass es Schwerverbrechern in deutschen Justizvollzugsanstalten besser geht als hilfsbedürftigen alten Menschen in deutschen Pflegeeinrichtungen, die dann noch dafür sehr viel Geld zahlen müssen. Es müssten meiner Meinung nach viel mehr unangemeldete Kontrollen in Einrichtun-

gen durchgeführt werden. Und zwar beim Heimbewohner persönlich und nicht überwiegend – wie der MDK (Medizinischer Dienst der Krankenkassen) es macht – in der Dokumentationsmappe. Denn Papier ist geduldig! Damit müsste man anfangen, dann wäre schon einmal der erste Schritt gemacht. In erster Linie niemals auf die sogenannten Pflegenoten und das Pflegeleitbild der Einrichtungen achten, denn dies ist meiner Meinung nach Lug und Trug! Ich persönlich würde meine Angehörigen nie in ein Alten- und Pflegeheim geben. Ganz egal wie gut oder schlecht dieses ist. Erfahrungsgemäß schauen viele der Angehörigen nach der nächst gelegenen Einrichtung – das ist nicht immer die beste Lösung. Man kann als Außenstehender kaum erkennen, ob ein Pflegeheim gut oder schlecht ist. Man kann es nur erkennen, wenn man sein Familienmitglied im Pflegeheim täglich besucht, aufmerksam beobachtet und regelmäßig in die Dokumentationsakte schaut, um zu vergleichen, ob diese mit dem Zustand des zu Pflegenden übereinstimmt. Leider geschieht dies in den meisten Fällen nicht. Heute arbeite ich in der ambulanten Pflege und bin der Meinung, jeder, der nur wirklich möchte, kann seine Angehörigen zu Hause pflegen oder pflegen lassen.

Im neuen Jahr gelten neue gesetzliche Bestimmungen; glauben Sie, dass es zu Verbesserungen kommt? Ich hoffe es von ganzem Herzen, aber ich glaube nicht daran. Denn es ändert sich nicht viel in der Pflege-reform, die jetzt zur Wirkung kommt. Diese „Verbesserungen“ wirken sich wieder überwiegend auf das Finanzielle aus und somit sehe ich statt Besserung nur Verschlimmerung. (sayer)

NACHGEHAKT

Taxipreise: Noch nicht entschieden

KUSEL. Die Taxifahrer im Landkreis Kusel müssen ihre Fahrgäste vorerst weiter zu den bislang geltenden Preisen befördern. Die Kreisverwaltung Kusel, die die Tarife festlegt, wird erst in den kommenden Wochen über die beantragte Preiserhöhung entscheiden. Im Falle einer Erhöhung soll diese nun Anfang Februar oder März in Kraft treten. Das teilte die Kreisverwaltung auf Nachfrage der RHEINPFALZ mit. Ursprünglich war der Jahresbeginn als Stichtag genannt worden.

Gleich zwei örtliche Taxiunternehmen hatten im Herbst 2014 eine Tarifierhöhung beantragt (wir berichteten). Begründet wurden die Anträge unter anderem mit dem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro in der Stunde, der seit 1. Januar dieses Jahres gilt. Auch Mehrkosten durch steigende Benzinpreise und Versicherungsbeiträge sollten durch die Anhebung der Preise ausgeglichen werden, so die Taxiunternehmer.

Derzeit gelten noch ein Grundpreis von 2,30 Euro pro Fahrt und ein Kilometerpreis von 1,50 Euro. Ein Antragsteller will eine pauschale Anhebung der Preise um 20 Prozent. Der andere Unternehmer fordert hingegen einen Grundpreis von 2,50 Euro (das entspräche einem Plus von 8,7 Prozent) und einen Kilometerpreis von 1,80 Euro (plus 20 Prozent). Für Wartezeiten sollen statt den bisherigen 23 Euro pro Stunde künftig 25 Euro (plus 8,7 Prozent) fällig werden.

Nach Verbandsangaben ist das Taxigewerbe die einzige Branche in Deutschland, die nicht eigenständig ihre Preise festlegen kann. Die Tarife müssen von den Kommunen genehmigt werden. Die letzte Erhöhung im Kreis gab es im Juli 2007. (cher)